

EINGEGANGEN  
Original am 1-103  
10. Sep. 2002

Freie Demokratische Partei  
Ratsfraktion Bergisch Gladbach



Frau Bürgermeisterin  
Maria Theresia Opladen  
Rathaus, Postfach 200920  
51439 Bergisch Gladbach

no

Rathaus Zimmer 13  
Konrad-Adenauer-Platz 1  
51465 Bergisch Gladbach  
Tel. 02202/14 23 14

03.09.02

Betr.: Antrag der FDP vom 20.01.02 zur Prüfung des Verkaufs der städtischen Anteile an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS)

Sehr geehrte Frau Opladen,

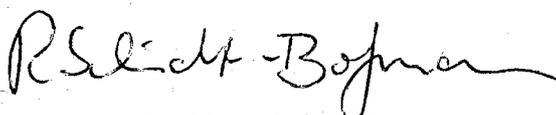
der o.g. Antrag wurde in der Ratssitzung vom 21.03.02 behandelt. Sie und der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Buchholz, hatten zugesagt, im Sinne des FDP-Antrags tätig zu werden und eine Antwort auf das Prüfungsbegehren zu geben. Daraufhin hatte die FDP zugestimmt, dass über den Antrag nicht abgestimmt wird.

In der Ratssitzung vom 16.05.02 hatte unser Ratsmitglied Dr. Fischer auf widersprüchliche Aussagen des Aufsichtsratsvorsitzenden der RBS, Herrn Buchholz, und der Geschäftsführerin der RBS, Frau Merschjohann, zum Prüfungsauftrag hingewiesen. In einer schriftlichen Stellungnahme vom 01.07.02 hat sodann die Verwaltung, unterzeichnet von Herrn Kotulla, der FDP mitgeteilt, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates der RBS auf ihrer Sitzung am 04.03.02 nach Diskussion des FDP-Antrages und eines Gegenantrages der Fraktion BÜNDNI 90/DIE GRÜNEN (die Geschäftsführung der RBS) gebeten haben, „zur Verstärkung der Argumentation für die derzeitige Gesellschafterstruktur der RBS Daten in einem internen Papier“ zusammenzustellen.

Die Bitte des Aufsichtsrates entspricht in keiner Weise dem Anliegen der FDP, das zum Ziel hat, die Argumente zusammenzustellen, die für **und** gegen einen Verkauf sprechen, und nicht nur jene, die gegen einen Verkauf sprechen. In unserem Antrag wurde sehr deutlich begründet, weshalb die FDP einen Verkauf der städtischen Anteile für sinnvoll und geboten hält. Eine sachliche Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Anliegen liegt uns auch nach einem halben Jahr nicht vor.

Wir empfinden es als befremdlich, dass in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt unser Prüfungsauftrag offensichtlich zögerlich und mit der Zielsetzung verfolgt wird, nur Gegenargumente eines Verkaufs zusammenzustellen. Wir beantragen deshalb, unseren Prüfungsantrag vom 20.01.02 erneut auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen, die bis dahin gewonnenen Erkenntnisse vorzutragen und über den Antrag abstimmen zu lassen. Wegen des langen Vorlaufs soll über das Ergebnis auf der folgenden Ratssitzung am 12.12.02 berichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

  
(Renate Schmidt-Bolzmann)

  
(Dr. Reimer Fischer)